

TROTTOIR

Sexualität und Statistik

Früher, als Homosexualität noch nicht eine statistische Angelegenheit war, die von Alfred Kinsey mehr oder minder exakt gezählt wurde, sondern eine eher literarische, von Thomas Mann mehr oder minder kryptisch verwurstete, früher alben, sagten wir, las man mit den dafür reifen Schülern vielleicht «Tonio Kröger», um an jener Stelle, wo der Titelheld, wie man heute sagt, «geoutet» wird, den künstlerisch dargebotenen Faden pädagogisch aufzugreifen und ins Lebensweltliche auszurollen. Das (nachträglich) Statistische dazu schon mal vorweg: Bei jener Stelle, wo steht, «die Sache» sei «die» gewesen, «dass Tonio Kröger Hans Hansen liebte», haben 5,83 Prozent der Mädchen gekichert, und 2,49 Prozent der Buben wurden bleich. Der Rest der Klasse war mit anderem beschäftigt oder schlief. Und damit zu unserem eigentlichen Thema. Wie wir also der gestrigen Ausgabe unseres Leibblatts entnehmen, hat der Berner Grossrat Erwin Sommer einen ah Vorstoss eingereicht, der den Titel «Umgang mit der Wahrheit» trägt und vom Regierungsrat, welcher bekanntlich im Kanton für die Wahrheit zuständig ist, wissen möchte, wie das exakt ist mit den Homosexuellen, weil die einte Statistik sagt, 15 Prozent von uns seien so, und die andere Statistik, nur 1,78 Prozent oder so von uns seien so.

Unsereiner, die wir es mehr mit Mann (Thomas) haben als mit Kinsey, hat natürlich schon mal aufgeatmet, dass das von Grossrat Sommer inkriminierte «Schulprojekt Gleichgeschlechtliche Liebe» nicht vom Staat finanziert wird. Aber die Frage schwebt trotzdem weiterhin belastend im Raum: Wie viele sind jetzt effektiv so?

Vielleicht hilft uns auch hier das Lesen weiter, es muss ja nicht immer «Tonio Kröger» sein. Grossrat Sommers Interpellation genügt. Dort wird nämlich auf die erfolgreichen Beispiele von Menschen hingewiesen, «welche ihre sexuelle Orientierung verändern konnten». Wenn wir annehmen, dass dasselbe mindestens ebenso erfolgreich auch in umgekehrter Richtung funktioniert, hätten wir endlich eine Erklärung für jenen grossen statistischen Graubereich, der in unserer Geschichte Millionen von Künstlern zum Schaffen brachte. Und von Statistikern zum Zählen. (Und wir wollten noch etwas zu Politikern und Bibel sagen, beschränken uns aber hier auf die Frage: Wozu zählt für Sie, Lehrer Sommer, Thomas Mann jetzt mal rein unstatistisch sexuell?) (pci)

KURZ

Neue Stempeluhren und Patches für die Verwaltung

STADT BERN Die Stadtverwaltung wird komplett mit neuen Zeiterfassungsgeräten ausgerüstet. Sie ersetzen die teilweise veralteten Apparate, teilt der städtische Informationsdienst mit. Der Gemeinderat hat einen Kredit von 1,25 Millionen Franken für die Anschaffung gesprochen. Das System wird gekoppelt mit einem elektronischen Zutrittssystem für die Gebäude. Die Angestellten werden den Eingangsschlüssel mit einem Patch tauschen. Für das Publikum ändert sich laut Projektleiter Werner Meile nichts. (pd/ruk)

Führungen für Grosse Eltern und Enkelkinder

TIERPARK DÄHLHÖLZLI Unter dem Motto «Neugier stillen und Antworten suchen» organisiert der Tierpark Dählhölzli zusammen mit der pensionierten Zoopädagogin Annemarie Buechler spezielle Führungen für Grosse Eltern mit ihren Enkelkindern. Sie finden gemäss Mitteilung jeweils am ersten Montag des Monats statt (April bis August), erstmals am kommenden Montag. Reservation ist nötig: 031 357 15 15. (pd)

«Die Folgen tragen die Städte»

Stadt Bern will pragmatisch mit Kiffern umgehen und diese nicht kriminalisieren

Der Berner Gemeinderat kritisiert den Nationalrat, weil dieser letzten Sommer das Betäubungsmittelgesetz nicht revidiert hat. «Die Folgen der Blockierung tragen die Städte», sagt Edith Olibet.

NICOLE JEGERLEHNER

«Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit: Polizei und Soziales arbeiten im Drogenbereich eng miteinander und nicht nur für sich oder gar gegeneinander.» Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport in der Stadt Bern, drückte sich gestern vor den Medien klar aus. Und auch ihre Kritik an der nationalen Drogenpolitik war klar: Sie sprach vom «ebenso bedauerlichen wie sachlich falschen Nichteintretensentscheid des Nationalrats zum Betäubungsmittelgesetz» (Kasten links). Der Berner Gemeinderat lasse sich von dieser «realitätsfremden Betäubungsmittelpolitik auf Bundesebene» nicht von seinen bisherigen Anstrengungen abbringen und setze ein Zeichen – denn: «Die Folgen der Blockierung tragen die Städte.»

Tatsache sei, dass der Cannabiskonsum – obwohl illegal – heute weit verbreitet sei, und zwar quer durch alle Alters- und Berufsgruppen. Und auch wenn der Cannabishandel in den Hanfläden stark

abgenommen habe, sei Cannabis in Bern immer noch erhältlich. «Die Zeichen mehrten sich, dass der Handel mit Cannabis und mit harten Drogen wieder vermehrt an den gleichen Örtlichkeiten stattfindet», sagte Olibet. Darum bekräftige und konkretisiere der Gemeinderat seine bisherige Politik. Dazu hat die Regierung sechs Eckwerte und Massnahmen verabschiedet. Die städtische Cannabispolitik habe pragmatisch und unter den verschiedenen Direktiven abgestimmt zu sein. Wichtig ist dem Gemeinderat, dass der Handel von weichen und harten

Drogen getrennt ist – und dass «Cannabiskonsumierende nicht unnötig kriminalisiert werden».

Kein Konsum in Öffentlichkeit

Prävention komme vor Repression: Es mache keinen Sinn, rund die Hälfte der Jugendlichen in der Stadt Bern zu kriminalisieren, nur weil sie während einer gewissen Zeit Cannabis konsumierten. Hingegen mache es Sinn, Jugendliche, die zu oft oder bereits zu lange kiffen, auf ihren Konsum anzusprechen und ihnen Unterstützung anzubieten, sagte Olibet. Polizeidirektorin Barbara Hayoz sprach in

diesem Zusammenhang das Projekt Pinto (Prävention, Intervention und Toleranz) an: In dessen Rahmen sei es ohne polizeiliche Konsequenzen möglich, Jugendliche und Erwachsene auf ihren Cannabiskonsum anzusprechen. Einerseits sollen so Konsumierende an Beratungsstellen weitergeleitet werden – andererseits würden sie aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass «Cannabiskonsum im öffentlichen Raum nicht erwünscht ist», sagte Hayoz.

Hayoz betonte, die Stadtpolizei setze ihre Kräfte prioritär zur Verhinderung und Verfolgung des

Handels mit harten Drogen ein. Olibet sagte, der Konsum von Cannabis und damit in Verbindung stehende Übertretungen seien für den Gemeinderat Fehlverhalten, die nur in Einzelfällen geahndet werden müssten.

Ein Gemeinderat wird sicher nicht hinter der Meinung des Gesamtgemeinderats stehen: Kurt Wasserfallen. Er hat noch letzten Sommer im Nationalrat eine Motion eingereicht, in der er höhere Bussen für Kiffer und ein höheres Strafmass für Hanfanbau und -handel forderte.

Der kontrollierte Hanfverkauf

Wasserfallen wird auch die Aussage Olibets nicht gefallen, für die Stadt Bern sei der kontrollierte Hanfverkauf «eine Option als Massnahme gegen die Vermischung des Handels mit Cannabis und dem mit harten Drogen». Doch noch müsse die verwaltungsinterne Diskussion geführt werden. Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative haben diese Woche im Stadtrat ein Postulat eingereicht, in dem sie den Gemeinderat auffordern, an einem kantonalen Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis teilzunehmen, wie das die Stadt Biel beabsichtige. Olibet kündigte an, sie wolle Kontakte mit andern Städten knüpfen: «Die Städte sollten sich zu einer einheitlichen Strategie zusammenschliessen.»

Nicht-Entscheid des Nationalrats

Im Juni letzten Jahres weigerte sich der Nationalrat mit 102 gegen 92 Stimmen bei zwei Enthaltungen zum zweiten Mal, auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes überhaupt einzutreten. Mit der Gesetzesrevision hätte der Hanfkonsum entkriminalisiert werden sollen; zudem hätten Anbau und Handel mit strengen Regeln in ein kontrolliertes Gewerbe überführt werden sollen, um den Jugendschutz zu erhöhen. Die Gegner bissen sich an der Legalisierung des Konsums fest und äusserten sich kaum zur geplanten Eindämmung des

Schwarzmarktes. In der Folge lancierten die Befürworter der Hanflegalisierung die Initiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»: Sie verlangt die Legalisierung des Hanfkonsums und ein Konzessionierungssystem für Anbau und Handel, das den heutigen Schwarzmarkt streng regulieren soll. Das Präsidium des Komitees teilen sich die Berner Nationalrätinnen Christa Markwalder (fdp) und Ursula Wyss (sp), der grüne Aargauer Nationalrat Geri Müller und Jung-CVPler Claudio Gentilesca. (njb)

Cannatrade wieder in Bern

Noch bis morgen Sonntag finden auf dem Gelände der BEA Bern Expo die 7. Berner Hanftage statt. Die einstige Hanfmesse hat sich gemäss den Veranstalter nun zur Fachmesse Cannatrade mit Ausstellern aus der ganzen Welt entwickelt. Heute ist die Messe von 11 bis 21 Uhr geöffnet, morgen von 11 bis 18 Uhr. Der Eintritt kostet 18 Franken; Jugendliche unter 18 Jahren können die Messe nur in Begleitung ihrer Eltern besuchen. (njb)



DOMINIC FISCHER

Polo schläft bei «Satchmo»

Polo Hofer, bekennender Louis-Armstrong-Fan, hat die Nacht auf heute im im Loeb-Schaufenster im «Satchmo»-

Zimmer verbracht. Das Warenhaus zeigt eine Ausstellung über 30 Jahre Jazzfestival Bern. (mdü)

Komitee gegründet

Die Reitschule bläst zum Kampf gegen SVP-Initiative

Mit viel Klamauk ist gestern Abend im Restaurant Sous le Pont in der Berner Reitschule ein Komitee gegen die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» gegründet worden. Die Initiative der SVP, JSVP und Schweizer Demokraten (sd) fordert, dass die Stadt der Reitschule ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren in Rechnung stellen soll. Aus Sicht der Komiteegründer würde die Reitschule damit finanziell ausgeblutet. Während die Stadt andere Kulturbetriebe wie Stadttheater, Sinfonieorchester oder Paul-Klee-Zentrum jährlich mit Beiträgen von mehreren Millionen Franken subventioniert, erlasse sie der Reitschule – auf deren Antrag – nur die Miete und die Nebenkosten. Insgesamt 625 000 Franken pro Jahr. Im Komitee gegen die Initiative beteiligen sich SP, Juso, JA, GFL, Grüne Partei Bern, PdA, die StudentInnenschaft der Uni Bern, der Gewerkschaftsbund Bern sowie verschiedene kulturelle Institutionen wie das zeitgenössische Theater-

treffen «Auawirleben», das Kornhausforum, das Schlachthaus Bern oder das Café Kairo.

Gegner am 1. April veräppelt

Grosses Gelächter brach aus, als Balz Küenzli von Radio Rabe vor den etwa 50 Anwesenden seine 1.-April-Telefoninterviews vorspielte, in denen er behauptete, die Initiative sei eben zurückgezogen worden. Stadträtin Lydia Riesen (sd) bezeichnete dies als «Tiefschlag». Sie müsse sich überlegen, ob sie weiter mit der SVP zusammenarbeiten wolle. SVP-Fraktionspräsidentin Margrit Thomet fand es ebenfalls sehr erstaunlich, dass sie von Thomas Fuchs nicht informiert worden sei. «Wahrscheinlich hat er gemerkt, dass es sehr schwierig geworden wäre, die Initiative durchzubringen.»

Obwohl die Initiative aus Sicht der Reitschule «ein riesiger Witz» sei, müsse man sie sehr ernst nehmen, sagt dagegen Sandro Wiedmer, der seit Jahren im Dachstock der Reitschule arbeitet. (cvb)

April, April!

BERN Wer nach der Lektüre des «Bund» von gestern auf Rolltreppen nun mehr Fahrtwind spürt, irrt sich: Beim Bericht handelt es sich um unseren diesjährigen Aprilscherz. Die Rolltreppen im Bahnhof wie in den Innenstadtgeschäften fahren immer noch gleich schnell, das Tempo lässt sich auch nicht beliebig variieren. So baut die Schindler Aufzüge AG gemäss einem früheren «Bund»-Bericht drei unterschiedlich schnelle Rolltreppen: Die langsamste fährt 0,45 m/sec, die zweite 0,5 m/sec und die schnellste 0,6 m/sec. Letztere wird etwa an Flughäfen eingesetzt.

Unsicherheit bestand offenbar darüber, ob im «Bund» von gestern nicht noch ein zweiter Aprilscherz versteckt war. Wie die Schweizerische Depeschagentur auf Nachfrage erfuhr, war der Bericht, wo-

nach die SBB zwar künftig Lamas, Elefanten und andere exotische Tiere, aber keine Kühe mehr transportieren, allerdings kein Scherz.

Raucher raus aus Muri und Bern!

Laut «Berner Zeitung» soll die Gemeinde Muri rauchfrei werden. «Nicht rauchen oder wegziehen», so das Motto. Auf die gleiche Idee kam unabhängig von der BZ Radio Extra Bern: Hier verkündete Gemeinderat Kurt Wasserfallen, die ganze Stadt Bern werde «aus gesundheitlichen Gründen» rauchfrei. Es habe «teils heftige Reaktionen» von Hörern gegeben, sagte Moderationsleiter Rolf Blaser. Radio BE1 meldete, nicht nur Taxihalter müssten ihre tiefen Autonummern zwecks Versteigerung dem Kanton zurückgeben, sondern alle Autobesitzer. (sbü)